

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

BUNDESPRÄSIDENT GAUCK BESUCHT BRÜSSEL UND STRASSBURG

Der neue Bundespräsident *Joachim Gauck* hat am 16./17.04.2012 Brüssel und Straßburg besucht. Neben Treffen mit dem belgischen Ministerpräsidenten *di Rupo* und NATO-Generalsekretär *Rasmussen* standen Gespräche mit dem Präsidenten des Europäischen Rates (ER), *Van Rompuy*, Kommissionspräsident *Barroso* und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments (EP), *Schulz*, auf seinem Programm. Vor der Presse betonte *Gauck*: „Wir wollen in der Krise nicht weniger, sondern mehr Europa wagen.“ Auf die Frage, ob am Ende der Entwicklung die Vereinigten Staaten von Europa stünden, sagte er, dies sei eine „Zukunftsvision, die ich noch nicht zu teilen vermöge. Wir sind noch nicht so weit“.

<http://ec.europa.eu/avservices/video/player.cfm?sitelang=en&ref=84572>

PLENARTAGUNG DES EP VOM 17. - 20.04.2012 IN STRASSBURG

Neben einer leidenschaftlichen Debatte über das Abkommen EU-USA zur Übermittlung von Flugpassagierdaten (PNR), dem das EP zustimmte (s. Beitrag des StMI in diesem EB), stand erneut eine Aussprache mit Kommissionspräsident *Barroso* zur Wirtschaftskrise, vor allem in der Eurozone, im Mittelpunkt der Plenarwoche. *Barroso* betonte, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise nur mit Haushaltsdisziplin und Stabilität einerseits sowie Wachstum und mehr Arbeitsplätzen andererseits bewältigt werden könne. Basis für mehr Wachstum sei Wettbewerbsfähigkeit. Auch die Fraktionschefs hoben das Thema Wachstum hervor.

Daneben erregte die EP-Stellungnahme zum Kommissionsvorschlag zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom, vor allem die darin vom EP abgelehnte Änderung der Dieselsebesteuerung, Aufsehen (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

Erstmals nahmen zwölf vom kroatischen Parlament benannte Beobachter an der Plenarsitzung teil. Sie können an Ausschuss- und Fraktionssitzungen teilnehmen und dort auch das Wort ergreifen. Sie können jedoch nicht abstimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120330IPR4229>



[1/html/Parliament-to-welcome-Croatian-observer-members
http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html](http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html)

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN UNGARN – KOMMISSION RUFT IN ZWEI FÄLLEN DEN EUGH AN

Die Kommission hat Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen Ungarn wegen Verletzung europäischen Rechts beschlossen. Sie betreffen die Unabhängigkeit der Datenschutzbehörde und das Renteneintrittsalter für Richter und Staatsanwälte. Dazu hatte die Kommission am 07.03.2012 begründete Stellungnahmen (zweite Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens gem. Art. 258 AEUV) an Ungarn gesandt (EB 05/12). Zur Unabhängigkeit der ungarischen Zentralbank, dem dritten Komplex, zu dem die Kommission am 17.01.2012 ebenso wie zu den genannten Themen ein Anhörungsschreiben (erste Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens) an Ungarn gesandt hatte (EB 02/12), hat Ungarn nach Auffassung der Kommission dagegen Maßnahmen auf den Weg gebracht, die die Bedenken ausräumen. Wegen der geplanten Gesetzesänderungen machte die Kommission am 25.05.2012 den Weg für weitere Verhandlungen Ungarns über dringende Kredite mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Kommission frei.

[http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/407&format=H
TML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/407&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en)

KOMMISSION LEGT WEITEREN BERICHT ZU KROATIEN VOR

Die Kommission hat erneut einen Bericht über die Fortschritte Kroatiens bei seinen Beitrittsvorbereitungen vorgelegt. Sie bescheinigt Kroatien, es sei auf dem richtigen Weg. Es gebe aber auch noch Bereiche, in denen weitere Anstrengungen nötig seien.

Pressemeldung:

[http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/273&form
at=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/273&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en)

Bericht:

[http://ec.europa.eu/commission_2010-
2014/fule/docs/news/20120424_report_final.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/fule/docs/news/20120424_report_final.pdf)



GABI ZIMMER ZUR FRAKTIONS-VORSITZENDEN DER GUE/NGL GEWÄHLT

Die Abgeordneten der Vereinigten Europäischen Linken im EP haben nach dem Rücktritt ihres bisherigen Vorsitzenden *Lothar Bisky* (EB 05/12) seine deutsche Fraktionskollegin *Gabi Zimmer* zur neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. *Zimmer*, die wie *Bisky* einige Jahre (2000 - 2003) Bundesvorsitzende der PDS war, ist seit 2004 im EP.

<http://www.guengl.eu/showPage.php?ID=10569&Y=&LANG=3&GROUPTYPE>

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

WEG FREI FÜR PNR-ABKOMMEN MIT DEN USA

Das EP-Plenum hat am 19.04.2012 mit unerwartet großer Mehrheit (409 zu 226 Stimmen) dem neuen Abkommen der EU mit den USA zur Übertragung von Flugpassagierdaten zum Zwecke der Bekämpfung des internationalen Terrorismus (PNR-Abkommen) zugestimmt. Es soll das derzeit geltende Abkommen von 2009, das bis 2014 befristet ist, ersetzen. Durch das Abkommen werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, den US-Behörden Zugriff auf bis zu 19 persönliche Daten der Passagiere wie Anschrift, Kreditkartendaten und Sitzplatznummern zu gewähren. Der Abstimmung war eine sehr kontroverse Debatte zwischen den einzelnen Fraktionen und Innenkommissarin *Cecilia Malmström* vorausgegangen.

VORSCHLAG DER KOMMISSION FÜR EIN NEUES STATISTIKWESEN

Die Kommission hat am 17.04.2012 einen Vorschlag zur Änderung der Verordnung über europäische Statistiken (EG) Nr. 223/2009 vorgelegt. Die Grundzüge der vorgeschlagenen Änderungen werden in einer ergänzenden Mitteilung „Ein robustes Qualitätsmanagement für die europäischen Statistiken“ näher dargelegt. Dreh- und Angelpunkt der vorgeschlagenen Änderungen soll die vollständige Unabhängigkeit von Eurostat sowie der nationalen Statistikbehörden sein.

Mitteilung:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0211:FIN:DE:PDF>

Entwurf Änderungsverordnung:

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2012/com2012_0167de01.pdf



Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0073&language=DE&ring=A7-2012-0037>

KOMMISSION SCHLÄGT AUSDEHNUNG DER GELDWÄSCHERICHTLINIE AUF DEN GLÜCKSSPIELSEKTOR VOR

Die Kommission hat in einem „Bericht über die Anwendung der Richtlinie 2005/60/EG zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung“ vom 11.04.2012 vorgeschlagen, Glücksspielaktivitäten, die mit größeren Geldwäsche-/Terrorismusfinanzierungsrisiken behaftet sind, mit in eine überarbeitete Geldwäscherichtlinie aufzunehmen. Interessierte Kreise können sich im Rahmen einer Online-Konsultation bis zum 13.06.2012 zu den aufgeworfenen Fragen äußern.

Bericht der Kommission:

http://ec.europa.eu/internal_market/company/docs/financial-crime/20120411_report_de.pdf Online-Konsultation:

http://ec.europa.eu/internal_market/company/financial-crime/index_de.htm

KOMMISSION NIMMT DE-MINIMIS-VERORDNUNG FÜR BEIHILFEN IN DER DASEINSVORSORGE AN

Die Kommission hat am 25.04.2012 eine neue De-Minimis-Verordnung angenommen, nach der Beihilfen von bis zu 500.000 € je Unternehmen und Dreijahreszeitraum von den EU-Beihilfenvorschriften ausgenommen sind, sofern sie als Ausgleich für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) gewährt werden. Als Ergebnis einer Konsultation wurden die im ursprünglichen Entwurf vorgesehenen Kriterien in Bezug auf den Umsatz des Dienstleisters und die Größe der Bewilligungsbehörde aufgehoben.

Verordnungstext:

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/sgei_deminimis_de.pdf

URTEIL DES EUGH ZUM WOHNELD

In einem Urteil vom 24.04.2012 (C-571/10) hat der EuGH festgestellt, dass eine Ungleichbehandlung von langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen und Unionsbürgern bei der Vergabe von Wohngeldmitteln unzu-



lässig sein kann. Aus Sicht des Gerichts spricht Einiges dafür, auch das Wohngeld als eine Kernleistung im Sinne der Richtlinie betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen anzuerkennen, auf die der Gleichbehandlungsgrundsatz zwingend anzuwenden ist. Zudem sind laut dem Urteil auch die Grundsätze der Charta der Grundrechte zu beachten, nach der die EU das Recht auf eine soziale Unterstützung und eine Unterstützung für die Wohnung anerkennt und achtet. Ob das Wohngeld in den einzelnen Mitgliedstaaten eine solche Kernleistung darstellt, haben die nationalen Gerichte zu prüfen. Dabei müssen der Zweck dieses Zuschusses, seine Höhe, die Voraussetzungen für seine Gewährung und seine Stellung im nationalen Sozialhilfesystem berücksichtigt werden.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=121961&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1192494>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

WIDERSTAND GEGEN ACTA WÄCHST: INTA-BERICHTERSTATTER GEGEN UNTERZEICHNUNG UND KRITISCHE STELLUNGNAHME DES EU-DATENSCHÜTZERS

Am 25.04.2012 sprach sich der Berichterstatter des für ACTA federführenden Außenhandelsausschusses (INTA) im EP gegen die Unterzeichnung des umstrittenen ACTA-Abkommens zur Bekämpfung von Markenpiraterie und Urheberrechtsverletzungen aus (EB 07/12). Die EVP-Fraktion begrüßte das Abkommen in seiner grundsätzlichen Zielrichtung, gegen Produktfälschungen vorzugehen und Verbraucher sowie Unternehmen angemessen zu schützen, forderte aber für eine Zustimmung Nachbesserungen im Text. Kritisch äußerte sich auch der europäische Datenschutzbeauftragte in seiner Stellungnahme vom 24.04.2012. Er sieht Privatsphäre und Datenschutz bedroht, sollte das Abkommen infolge unklarer Bestimmungen unangemessen in innerstaatliches Recht umgesetzt werden. Statt wie ursprünglich vorgesehen Ende Mai 2012 soll im INTA-Ausschuss abschließend über ACTA nun erst im Juni entschieden werden, so dass dann im Juli das Plenum darüber abstimmen kann.

Stellungnahme des europäischen Datenschutzbeauftragten:

http://www.edps.europa.eu/EDPSWEB/webdav/site/mySite/shared/Documents/Consultation/Opinions/2012/12-04-24_ACTA_EN.pdf



Beschlussempfehlung des Außenhandelsausschuss (INTA):

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/inta/pr/898/898850/898850de.pdf

Presseerklärung der EVP-Fraktion:

<http://www.eppgroup.eu/press/showpr.asp?prcontroldoctypeid=1&prcontrolid=1148&prcontentid=18638&prcontentlg=en>

KONSULTATION: SCHUTZ FINANZIELLER INTERESSEN DER EU UND VERSCHÄRFUNG DER STRAFVERFOLGUNG

Die Kommission hat eine Konsultation gestartet, um in Ergänzung zu bereits getroffenen Maßnahmen weitere Wege zu finden, den Schutz der finanziellen Interessen der EU durch strafrechtliche Initiativen und eine effizientere Strafverfolgung zu erreichen. Insbesondere stellt die Kommission die Frage der Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft in den Raum. Die Teilnahme an der Konsultation ist online bis zum 06.06.2012 möglich.

Online-Formular:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/jpm/forms/dispatch?form=PROSECUTION&lang=en>

KOMMISSION LEGT BERICHT ÜBER DRITTE GELDWÄSCHE-RICHTLINIE VOR

Am 11.04.2012 hat die Kommission einen Bericht über die Anwendung der Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung vorgelegt und für Herbst 2012 einen Entwurf für eine vierte Geldwäscherichtlinie angekündigt. Der Bericht geht insbesondere auf die Behandlung von Angehörigen von Rechtsberufen ein. Die Notwendigkeit einer grundlegenden Überprüfung der Behandlung von Rechtsanwälten im Rahmen der neuen Richtlinie wird dabei nicht gesehen. Interessierte Kreise können sich im Rahmen einer Online-Konsultation bis zum 13.06.2012 zu den im Bericht aufgeworfenen Fragen äußern.

Bericht der Kommission:

http://ec.europa.eu/internal_market/company/docs/financial-crime/20120411_report_de.pdf Online-Konsultation:

http://ec.europa.eu/internal_market/company/financial-crime/index_de.htm



EUGH: FEHLENDE ANNULLIERUNG EINES ERSCHLICHENEN VISUMS STEHT STRAFBARKEIT WEGEN EINSCHLEUSENS VON AUSLÄNDERN NICHT ENTGEGEN

Der EuGH hat am 10.04.2012 per Eilverfahren auf Grundlage eines Vorabentscheidungsgesuchens des BGH entschieden (Rechtssache C-83/12 PPU), dass das Einschleusen von Ausländern auch dann strafbar sein kann, wenn die betreffenden Drittstaatsangehörigen über ein Visum verfügen, welches sie zuvor durch arglistige Täuschung erlangt haben und das nicht zuvor annulliert wurde. Zwar dürfen die Mitgliedsstaaten die Freiheit von Visa-inhabers grundsätzlich nicht beschränken, wenn die Visa nicht ordnungsgemäß annulliert worden sind. Aufgrund der eventuell bestehenden Notwendigkeit, Ermittlungen geheim zu halten sowie der Dringlichkeit der Handlungen gestehen die Richter jedoch zu, dass dem Erfordernis einer vorherigen Annullierung der Visa durch die zuständigen Behörden nicht immer Genüge getan werden kann. Die fehlende Annullierung eines erschlichenen Visums steht daher einer Strafbarkeit wegen Einschleusens von Ausländern nicht zwingend entgegen.

Pressemitteilung des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2012-04/cp120043de.pdf>

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=121501&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUM EU-HAUSHALT 2013

Die Kommission hat am 25.04.2012 den Entwurf für den EU-Haushalt 2013 veröffentlicht. Die Zahlungsermächtigungen steigen nach dem Kommissionsvorschlag um 6,8 % auf 137,9 Mrd. € (1,03 % des BNE). Die Verpflichtungsermächtigungen steigen demgegenüber nur um 2 % auf 150,9 Mrd. € (1,13 % des BNE). Der EU-Beitritt Kroatiens im Juli 2013 ist im Haushaltsentwurf der Kommission noch nicht berücksichtigt. Die hohe Steigerungsrate bei den Ausgabenermächtigungen führt die Kommission im Wesentlichen auf zwei Gründe zurück: Da es in den ersten Jahren eines Finanzrahmens in der Regel etwas dauert, bis die Projekte voll laufen, wird ein erheblicher Teil der Zahlungen erst zum Ende der Finanzperiode hin fällig. Zum anderen begründet die Kommissi-



on die Ausgabensteigerungen im Jahr 2013 damit, dass der Rat bei den Verhandlungen zu den EU-Haushalten in den letzten Jahren in Bezug auf die Zahlungsermächtigungen sehr restriktiv war.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/393&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

RAT FÜR ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN DISKUTIERT ÜBER DIE AUSGESTALTUNG DES MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMENS 2014 - 2020

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat am 24.04.2012 erneut über die Ausgestaltung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens 2014 - 2020 diskutiert. Diskussionsgrundlage waren Verhandlungsboxen zur Rubrik 1 (Kohäsion und „Connecting Europe“-Fazilität) sowie Rubrik 2 (nachhaltiges Wachstum: Natürliche Ressourcen). Deutschland bekräftigte erneut seine Forderung, die Verpflichtungsermächtigungen auf 1 % des BNE zu begrenzen, und lag damit im Wesentlichen auf einer Linie mit anderen Nettozahler-Mitgliedstaaten, die den Kommissionsvorschlag zum Finanzrahmen insgesamt um mindestens 100 Mrd. € kürzen wollen. Ein weiteres wichtiges Thema war die Verbesserung der Qualität der EU-Ausgaben. Deutschland, Österreich, Finnland, Frankreich, Italien, die Niederlande und Schweden haben dazu im Rat ein sog. „non paper“ mit einem Aktionsplan für die zielorientiertere Verwendung von EU-Mitteln („better spending“) vorgestellt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/129763.pdf

KOMMISSION TRITT IN VERHANDLUNGEN MIT UNGARN ÜBER ZAHLUNGSBILANZHILFEN EIN

Die Kommission hat am 25.04.2012 angekündigt, mit Ungarn in Verhandlungen über die Gewährung von vorsorglichen Zahlungsbilanzhilfen einzutreten. Die Kommission hatte am 17.01.2012 gegen Ungarn mehrere Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, davon eines wegen Verstoßes gegen das Gebot der Unabhängigkeit der Zentralbanken. Ungarn hat sich inzwischen bereit erklärt, insoweit seine Gesetzgebung zu ändern, um den rechtlichen Bedenken der Kommission Rechnung zu tragen. Die Kommission hat daher am 25.04.2012 angekündigt, das Vertragsverletzungsverfahren einzustellen, sobald die Änderungen im ungarischen Recht wirksam sind, und hat den Weg für die Verhandlungen über Zahlungsbilanzhilfen freigemacht.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/407&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/395&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS (EP) ZUR ÜBERARBEITUNG DER ENERGIESTEUERRICHTLINIE

Die Kommission hatte im April 2011 vorgeschlagen, die Energiesteuer umzugestalten und den Mindeststeuersatz in zwei Komponenten aufzuteilen, in eine CO₂-Komponente und eine Energieinhaltskomponente. Da Dieselkraftstoff einen höheren Energieinhalt und einen höheren CO₂-Ausstoß als Benzin hat, wäre der Mindeststeuersatz für Diesel – anders als bisher – höher als der Mindeststeuersatz für Benzin. Auch im nationalen Recht müsste der Steuersatz für Diesel nach dem Kommissionsvorschlag höher als der für Benzin liegen. Am 19.04.2012 hat sich das EP in einer legislativen EntschlieÙung überraschend gegen die Höherbesteuerung von Diesel im Vergleich zu Benzin ausgesprochen. Das EP entscheidet in Steuerfragen zwar nicht mit, sondern wird nur angehört. Auch im Rat, in dem insoweit die entscheidenden Verhandlungen laufen, gehen die Diskussionen aber in eine ähnliche Richtung.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0136+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR EINFÜHRUNG EINER GEMEINSAMEN KONSOLIDierten KÖRPERSCHAFTSTEUER-BEMESSUNGSGRUNDLAGE

Das EP hat am 19.04.2012 in einer legislativen EntschlieÙung die Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) grundsätzlich befürwortet. Das EP spricht sich dafür aus, die GKKB nach einem Übergangszeitraum verpflichtend einzuführen. Die Kommission hatte dagegen lediglich ein optionales System vorgeschlagen, das neben die bestehenden nationalen Körperschaftsteuerregime tritt. Ausgenommen sollen lediglich kleine und mittlere Unternehmen sein, die zur Anwendung der GKKB optieren können. Sofern sich im Rat einige Mitgliedstaaten gegen die GKKB aussprechen, empfiehlt das EP, das GKKB-System ggf. nur in einem Teil der Mitgliedstaaten im Wege der verstärkten Zusammenarbeit einzuführen. Das EP entscheidet in Steuerfragen nicht mit, sondern wird nur angehört.



<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0135+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR BEKÄMPFUNG VON STEUERBETRUG UND STEUERHINTERZIEHUNG

Das EP hat am 19.04.2012 eine Entschließung zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung angenommen. Das EP fordert darin die effektivere und effizientere Gestaltung der Steuersysteme (Beseitigung ungerechtfertigter Ausnahmen; Verbreiterung der Steuerbasis; Entlastung des Faktors Arbeit), die Verbesserung der Steuererhebung, die verstärkte Nutzung der vorhandenen Instrumente zum Informationsaustausch auf EU-Ebene, vor allem des automatischen Informationsaustausches, sowie die Bekämpfung von Steuerumgehung und Steuerhinterziehung.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0137+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EUROSTAT GIBT DATEN ZU DEFIZIT UND VERSCHULDUNG IM JAHR 2011 BEKANNT

Das statistische Amt der EU, Eurostat, hat am 23.04.2012 neue Zahlen zu den öffentlichen Defiziten und zum Schuldenstand im Euroraum und in der EU bekannt gegeben. Die Schuldenstände in Relation zum BIP sind von Ende 2010 bis Ende 2011 weiter angestiegen, im Euroraum von 85,3 % auf 87,2 %, in der EU von 80,0 % auf 82,5 %. Die höchsten Defizite hatten Irland (- 13,1 %), Griechenland (- 9,1 %), Spanien (- 8,5%) und das Vereinigte Königreich (- 8,3%). Deutschland hat nur ein vergleichsweise geringes Defizit (- 1,0%). 14 Mitgliedstaaten wiesen im Jahr 2011 eine Verschuldungsquote über der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Grenze von 60 % des BIP auf: Griechenland (165,3 %), Italien (120,1 %), Irland (108,2 %), Portugal (107,8 %), Belgien (98,0 %), Frankreich (85,8 %), das Vereinigte Königreich (85,7 %), Deutschland (81,2 %), Ungarn (80,6 %), Österreich (72,2 %), Malta (72,0 %), Zypern (71,6 %), Spanien (68,5 %) und die Niederlande (65,2 %).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/12/62&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>



KOMMISSION VERÖFFENTLICHT MITTEILUNG „WACHSTUM IN GRIECHENLAND“

Die Kommission hat am 18.04.2012 eine Mitteilung mit dem Titel "Wachstum in Griechenland" veröffentlicht. Nach Verabschiedung des zweiten Rettungsprogramms für Griechenland und des Schuldenschnitts der privaten Gläubiger müssen sich aus Sicht der Kommission jetzt alle Anstrengungen darauf konzentrieren, das Wachstum in Griechenland anzukurbeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Kommission beziffert in dieser Mitteilung das Gesamtvolumen der internationalen Unterstützung Griechenlands auf 380 Mrd. € (177 % des BIP Griechenlands). Der Umfang der Griechenland-Hilfe sei beispiellos. Der US-Marshallplan für den Wiederaufbau nach dem Krieg habe lediglich rund 2,1 % des BIP der Empfängerländer betragen.

http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/financial_operations/pdf/2012-04-18-greece-comm_de.pdf

STEUERKOMMISSAR ŠEMETA BESTÄTIGT VEREINBARKEIT DES STEUERABKOMMENS DEUTSCHLAND-SCHWEIZ MIT EU-RECHT

Der Kommissar für Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung, *Algirdas Šemeta*, hat am 17.04.2012 auf einer Pressekonferenz in Brüssel bestätigt, dass das zwischen der Schweiz und Deutschland geschlossene Steuerabkommen nach den am 05.04.2012 vorgenommenen Ergänzungen voll mit EU-Recht vereinbar ist. Entsprechendes gelte für das Steuerabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich.

EP BILLIGT EINFÜHRUNG EINES RISIKOTEILUNGSINSTRUMENTS ALS UMSETZUNGSHILFE VON KOHÄSIONSVORHABEN FÜR MITGLIEDSTAATEN IN FINANZIELLEN SCHWIERIGKEITEN

Am 19.04.2012 hat das Plenum des EP in erster Lesung auf Grundlage einer zuvor gefundenen Einigung mit dem Rat eine Änderung der strukturpolitischen Grundverordnung (EG) Nr. 1083/2006 beschlossen. Sie betrifft die Einführung von Risikoteilungsinstrumenten für Mitgliedstaaten, die gemäß Art. 77 Abs. 2 lit. a), b) oder c) der Verordnung von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind und makroökonomische Hilfen erhalten (zukünftig z. B. aus dem ESM; derzeit sind dies Irland, Griechenland, Portugal und Rumänien). Wenn sie ihre Kofinanzierung nicht mehr aus eigenen Mitteln aufbringen können, können sie nun bis zu 10 % der



ihnen für 2007 – 2013 aus dem EFRE- und Kohäsionsfonds zustehenden Mittel in ein Risikoteilungsinstrument einzahlen. Über sog. Durchführungseinrichtungen (z. B. die Europäische Investitionsbank, EIB) können damit für strukturell sinnvolle und Einnahmen generierende Projekte Kapital abgesichert und eine Haftung für mögliche Verluste übernommen werden, damit sie nicht an einem Mangel öffentlichen Kapitals scheitern (s. dazu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120418IPR43394/html/MEPs-back-risk-sharing-with-private-sector-to-restart-stalled-cohesion-projects>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

RAT ERZIELT TEILWEISE ALLGEMEINE AUSRICHTUNG ZUR KOHÄSIONSPOLITIK AB 2014

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten (RfAA) hat am 24.04.2012 eine teilweise allgemeine Ausrichtung für sechs Verhandlungsblöcke bei der Kohäsionspolitik ab 2014 erreicht. Diese betrifft Fragen der Programmplanung, ex-ante-Konditionalitäten, Verwaltungs- und Kontrollsysteme, Monitoring und Evaluierung, Bestimmungen zur Förderfähigkeit von Ausgaben und schließlich die Behandlung von Großprojekten (sie bedürfen einer eigenen Genehmigung durch die Kommission). Hingegen blieben vor allem solche Aspekte außen vor, die von anderen Verhandlungen abhängen (insbesondere den Haushaltsverhandlungen). Die Einigungsblöcke sind überwiegend Gegenstand der fondsübergreifenden Verordnung (GrundVO), darüber hinaus aber auch der Verordnung zum Europäischen Sozialfonds (ESF) und der Verordnung zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ). Bei der teilweisen allgemeinen Ausrichtung gilt der Grundsatz, dass „nichts entschieden ist, bis alles entschieden ist“, so dass sich die Ratsposition auch zu Aspekten, die von der Einigung erfasst sind, später noch ändern kann.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/129763.pdf



EP BILLIGT EINFÜHRUNG EINES RISIKOTEILUNGSINSTRUMENTS ALS UMSETZUNGSHILFE VON KOHÄSIONSVORHABEN FÜR MITGLIEDSTAATEN IN FINANZIELLEN SCHWIERIGKEITEN

Am 19.04.2012 hat das Plenum des EP in erster Lesung auf Grundlage einer zuvor gefundenen Einigung mit dem Rat eine Änderung der strukturpolitischen Grundverordnung (EG) Nr. 1083/2006 beschlossen. Sie betrifft die Einführung von Risikoteilungsinstrumenten für Mitgliedstaaten, die gemäß Art. 77 Abs. 2 lit. a), b) oder c) der Verordnung von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind und makroökonomische Hilfen erhalten (zukünftig z. B. aus dem ESM; derzeit sind dies Irland, Griechenland, Portugal und Rumänien). Wenn sie ihre Kofinanzierung nicht mehr aus eigenen Mitteln aufbringen können, können sie nun bis zu 10 % der ihnen für 2007 – 2013 aus dem EFRE- und Kohäsionsfonds zustehenden Mittel in ein Risikoteilungsinstrument einzahlen. Über sog. Durchführungseinrichtungen (z. B. die Europäische Investitionsbank, EIB) können damit für strukturpolitisch sinnvolle und Einnahmen generierende Projekte Kapital abgesichert und eine Haftung für mögliche Verluste übernommen werden, damit sie nicht an einem Mangel öffentlichen Kapitals scheitern.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120418IPR43394/html/MEPs-back-risk-sharing-with-private-sector-to-restart-stalled-cohesion-projects>

STRATEGIE ZUR STUFENWEISEN EINFÜHRUNG DER ELEKTRONISCHEN VERGABE BIS 2016

Die Kommission hat am 20.04.2012 eine Mitteilung zur elektronischen Beschaffung („e-Vergabe“) in der EU vorgelegt. Sie beschreibt eine Strategie zur stufenweisen Umstellung auf e-Vergaben, die sowohl auf rechtliche Rahmenbedingungen als auch auf technische Voraussetzungen und praktische Anwendungsaspekte wie den Austausch von Informationen und von best practices eingeht. Als geeigneten Rechtsrahmen sieht die Kommission ihre vergaberrechtlichen Reformvorschläge vom 20.10.2011 (EB 22/11), die allesamt (d. h. allgemeine Vergaberichtlinie, Sektoren-Vergaberichtlinie und Konzessionsrichtlinie) Bestimmungen zum Übergang auf die elektronische Beschaffung als Regelverfahren vorsehen. Bis etwa Mitte 2016 soll die Umstellung weitgehend erreicht sein und die elektronische Beschaffung zum Standardvergabeverfahren werden. Die Kommission verspricht sich davon mehr Transparenz bei



öffentlichen Ausschreibungen, eine Vereinfachung der Teilnahme gerade für KMU und Kostensenkungen für die öffentliche Hand.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/389&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS (EP) ZUR ÜBERARBEITUNG DER ENERGIESTEUERRICHTLINIE

Am 19.04.2012 hat das EP seine Position zur von der Kommission vorgeschlagenen Änderung der Energiesteuerrichtlinie festgelegt. Die Kommission hatte im April 2011 vorgeschlagen, die Energiesteuer umzugestalten und den Mindeststeuersatz in zwei Komponenten aufzuteilen in eine CO₂-Komponente und eine Energieinhaltskomponente. Da Dieselkraftstoff einen höheren Energieinhalt und einen höheren CO₂-Ausstoß als Benzin hat, wäre der Mindeststeuersatz für Diesel – anders als bisher – höher als der Mindeststeuersatz für Benzin. Auch im nationalen Recht müsste der Steuersatz für Diesel nach dem Kommissionsvorschlag höher als der für Benzin liegen. Das EP hat sich nun überraschend gegen die Höherbesteuerung von Diesel im Vergleich zu Benzin ausgesprochen. Das EP entscheidet in Steuerfragen allerdings nicht mit, sondern wird nur angehört. Auch im Rat, in dem insoweit die entscheidenden Verhandlungen laufen, gehen die Diskussionen aber in eine ähnliche Richtung (s. dazu Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0136+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

NEUE DE-MINIMIS-VERORDNUNG FÜR DIE DASEINSVORSORGEFINANZIERUNG

Die Kommission hat am 25.04.2012 die bereichsspezifische De-minimis-Verordnung für die öffentliche Finanzierung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) verabschiedet. DAWI-Finanzierungen bis zu einem Höchstbetrag von 500.000 € innerhalb von drei Steuerjahren werden danach unter bestimmten Bedingungen künftig nicht mehr als Beihilfen im Sinne von Art. 107 Abs. 1 AEUV angesehen und müssen daher vor Ausreichung auch nicht mehr bei der Kommission notifiziert werden. Für andere Unterstützungsformen als Zuschüsse (z. B. Darlehen, Garantien) enthält die Verordnung Bestimmungen zur Berechnung des Bruttosubventionsäquivalents, welches den Wert von 500.000 € nicht übersteigen darf.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/402&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION WILL MASSNAHMEN ZUR ERHÖHUNG DER SICHERHEIT VON FAHRGASTSCHIFFEN ERGREIFEN

Der für Verkehrsfragen zuständige Vizepräsident der Kommission *Siiim Kallas* hat am 24.04.2012 auf der Konferenz „Sicherheit von Fahrgastschiffen“ ein dreiteiliges Konzept zur Erhöhung der Sicherheit von Fahrgastschiffen vorgestellt. Dabei kündigte er an, dass die Kommission ab Ende 2012 Legislativvorschläge zur Erhöhung der Sicherheit im Binnen- und See-Fahrgastverkehr vorlegen werde. Bereits am 13.04.2012 hatte die Kommission eine Konsultation zur möglichen Überarbeitung der Richtlinie 2009/45/EG über die Sicherheit von Fahrgastschiffen eingeleitet, die bis zum 05.07.2012 läuft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/391&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/transport/maritime/consultations/2012-07-05-passenger-ship-safety_en.htm

KOMMISSION STARTET ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUM QUALITÄTSTOURISMUS

Mit einer am 13.04.2012 gestarteten Konsultation möchte die Kommission Einschätzungen öffentlicher Stellen und interessierter Kreise zu Gütekriterien für Qualitätstourismus in Erfahrung bringen. Auf Grundlage dessen soll ein „Europäisches Gütesiegel für Qualitätssysteme im Tourismusbereich“ konzipiert werden, das die bisher zersplitterten Ansätze zum Qualitätstourismus in den Mitgliedstaaten und Regionen der EU zusammenführen soll. Die Kommission erwartet davon mehr Transparenz und Glaubwürdigkeit der Bewertungen. Die Konsultation läuft noch bis zum 13.07.2012.

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/tourism/public-consultation-etq/index_de.htm

WEG FREI FÜR FLUGGASTDATEN-ABKOMMEN MIT DEN USA (PNR)

Das EP-Plenum hat am 19.04.2012 mit unerwartet großer Mehrheit (409 zu 226 Stimmen) dem neuen Abkommen der EU mit den USA zur Übertragung von Flugpassagierdaten zum Zwecke der Bekämpfung des internationalen Terrorismus (PNR-Abkommen) zugestimmt. Es soll das derzeit geltende Ab-



kommen von 2009, das bis 2014 befristet ist, ersetzen. Durch das Abkommen werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, den US-Behörden Zugriff auf bis zu 19 persönliche Daten der Passagiere wie Anschrift, Kreditkartendaten und Sitzplatznummern zu gewähren. Der Abstimmung war eine sehr kontroverse Debatte zwischen den einzelnen Fraktionen und Innenkommissarin *Cecilia Malmström* vorausgegangen (s. dazu Beitrag des StMI in diesem EB).

HANDELSKOMMISSAR *DE GUCHT* STELLT NEUES VERFAHREN FÜR DIE BERECHNUNG VON HANDELSSTATISTIKEN VOR

Bei der High-Level-Konferenz zu „Wettbewerbsfähigkeit, Handel, Umwelt und Beschäftigung in Europa: Einblicke in die neue World Input Output Datenbank (WIOD)“ am 16.04.2012 erläuterte Handelskommissar *Karel de Gucht* eine neue Berechnungsmethode für Handelsbilanzen, mit der die internationale Arbeitsteilung bei der Herstellung eines Produkts und die damit verbundene Import- und Exporttätigkeit besser abgebildet werde. Durch die neue Berechnungsmethode gebe es erhebliche Veränderungen in den EU-Handelsbilanzen mit einzelnen Handelspartnern: Während das Defizit gegenüber China um 36 % schrumpfe, würde es auf der anderen Seite zu Ländern wie Kanada und Japan steigen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/264&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
www.wiod.org

EU-INITIATIVE „ENERGIE FÜR ENTWICKLUNG“ DURCH KOMMISSIONSPRÄSIDENT *BARROSO* GESTARTET

Am 16.04.2012 hat Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* im Rahmen der Konferenz „Nachhaltige Energie für alle“ die Initiative „Energie für Entwicklung“ („Energising Development“) vorgestellt. Verschiedene entwicklungspolitische Maßnahmen sollen dazu beitragen, bis zum Jahr 2030 für etwa 500 Mio. Menschen in Entwicklungsländern Zugang zu Energie zu gewährleisten. So werde die EU in den folgenden zwei Jahren u. a. 50 Mio. € für technische Hilfe zur Verfügung stellen. „Energie für Entwicklung“ ist als Beitrag zur von UN-Generalsekretär *Ban Ki-moon* im Jahr 2011 ins Leben gerufenen Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ zu verstehen, welche für die Konferenz namensgebend war.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/372&format=H>



[TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de
http://www.sustainableenergyforall.org/](http://www.sustainableenergyforall.org/)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERH: STELLUNGNAHME ZU DEN LEGISLATIVVORSCHLÄGEN ZUR GAP NACH 2013

Der Europäische Rechnungshof (ERH) hat am 17.04.2012 seine „Stellungnahme Nr. 1/2012 zu einigen Vorschlägen für Verordnungen in Bezug auf die Gemeinsame Agrarpolitik für den Zeitraum 2014 - 2020“ (GAP) vorgestellt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass der Rechtsrahmen der GAP weiterhin zu unübersichtlich sei. Kritisiert wird u. a., dass für die ländliche Entwicklung sechs Regelungsebenen existieren, die Cross Compliance-Regelungen zu komplex bleiben, die Definition des beihilfeberechtigten „aktiven Landwirts“ zu steigendem Verwaltungsaufwand führt und die vorgeschlagene Kappung/Deckelung der Direktzahlungen nur begrenzte Auswirkungen auf die Umverteilung der Beihilfen hat. Grundsätzlich sei die GAP weiterhin zu wenig leistungs- bzw. ergebnisorientiert, sondern mehr auf die Einhaltung von Rechtsvorschriften und damit auf die Ausgabensteuerung ausgerichtet. Insbesondere für die Direktzahlungen fehlten Festlegungen von spezifischen Zielen, zu erwartenden Ergebnissen und Indikatoren zur Messung der Ergebnisse. Die Wirksamkeit der GAP-Reform hänge auch von den Durchführungsverordnungen der Kommission und der Anpassung der Zahlstellenverfahren der Mitgliedstaaten ab. Nach Ansicht des ERH könnten nach Annahme der Durchführungsverordnungen durch die Kommission für die folgende Anpassung 12 - 24 Monate erforderlich sein.

Pressemitteilung unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=ECA/12/11&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ERH-Stellungnahme Nr. 1/2012 unter:

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/13772736.PDF>

RAT FÜR ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN ZUM GAP-HAUSHALT NACH 2013

Am 24.04.2012 befasste sich der Rat für Allgemeine Angelegenheiten im Rahmen einer Verhandlungsbox zur Ausgestaltung des nächsten mehrjährigen



Finanzrahmens (MFR, s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB) auch mit der in der Rubrik 2 (Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen) angesiedelten GAP. Diskutiert wurde dabei u. a. der Haushaltsrahmen für die GAP, die Neuverteilung der Direktzahlungen auf die Mitgliedstaaten und der Anteil der Mittel, die für das Greening bereitgestellt werden sollen. Am 29.05.2012 wird der Rat für Allgemeine Angelegenheiten die Verhandlungen auf der Grundlage einer Verhandlungsbox, die alle Bereiche des MFR abdeckt, fortsetzen. Die Staats- und Regierungschefs werden sich voraussichtlich am 28./29.06.2012 erstmals mit dem MFR beschäftigen. Ziel ist der Abschluss der Verhandlungen bis Ende 2012.

Pressemitteilung unter:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/129763.pdf

EP-AGRARAUSSCHUSS DISKUTIERT DIREKTZAHLUNGEN FÜR GAP NACH 2013

Bei der Sitzung am 23.04.2012 diskutierten die Abgeordneten des EP-Agrarausschusses wesentliche Aspekte des Berichtsentwurfs zu den Direktzahlungen. Berichterstatter MdEP *Capoulas Santos* (S&D/PRT) stellte klar, dass der Bericht die Grundlage für eine klare Positionierung des EP gegenüber Rat und Kommission sein müsse. In seinem Entwurf werde er eine Umverteilung der Direktzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten vorschlagen, die als Zielwert 100 % des EU-Durchschnitts als Angleichungskriterium verfolge. Die Basis- und die Greeningkomponente der Direktzahlungen sollen klar voneinander getrennt und die Untergrenze für Anbaudiversifizierung auf 20 ha angehoben werden. Diese Untergrenze solle auch für die Flächennutzung im Umweltinteresse gelten. Im Sinne der Flächennutzung im Umweltinteresse sollen Mitgliedstaaten zusammenhängende Korridore von ökologischen Vorrangflächen bilden. Außerdem werde er zwei Kulturen zur Anbaudiversifizierung vorschlagen. Die Definition eines aktiven Landwirts solle anhand einer Positiv- oder Negativliste geschehen, konkrete Festlegungen könnten auch den Mitgliedstaaten überlassen werden. Zur Flexibilität zwischen den Säulen biete der Kommissionsvorschlag eine gute Grundlage. Die Junglandwirtekomponente sei obligatorisch einzuführen, die Kappung solle einen Innovationsbeitrag beinhalten und Arbeitsplätze berücksichtigen. Am 18./19.06.2012 solle der Berichtsentwurf im Ausschuss vorgestellt werden.



ERSTES TREFFEN DER HOCHRANGIGEN GRUPPE „WEIN“

Am 19.04.2012 tagte die Hochrangige Gruppe (High Level Group, HLG) „Wein“ erstmals in Brüssel. Unter dem Vorsitz des Generaldirektors der GD AGRI *Silva Rodriguez* trafen sich hochrangige Beamte der Mitgliedstaaten, Vertreter des Sektors sowie Beobachter des EP und des Rates. Ein wichtiges Thema der HLG ist die Zukunft der Pflanzrechtregelung nach 2015 bzw. 2018. Derzeit sprechen sich mindestens 15 Mitgliedstaaten (EB 07/12) bzw. eine Mehrheit des EP (EB 13/11) für eine Verlängerung dieser Regelung aus. Agrarkommissar *Cioloş*, der die HLG ins Leben rief, machte jedoch klar, dass er innovative Vorschläge zur Sicherung der langfristigen Vitalität des EU-Weinsektors angesichts einer stärkeren weltweiten Konkurrenz erwarte. Nötig sei eine realistische Einschätzung darüber, wie ein System zum Management der Rebflächen im Kontext der gegenwärtigen Marktrealitäten aussehen könne. Das nächste Treffen der HLG wird am 26.06.2012 stattfinden. Bevor die HLG ihre Empfehlungen präsentiert, sind zwei weitere Treffen (September und November 2012) geplant. Parallel dazu wird die Kommission im Laufe des Jahres eine eigene Analyse zur Umsetzung der Weinmarktreform von 2008 vorlegen.

CEJA-KONFERENZ IM EP: CIOLOŞ ZUR JUNGLANDWIRTEFÖRDERUNG

Bei der Konferenz „Sowing the Seeds to Harvest in Future: Supporting Young People into Farming“, die am 12.04.2012 vom Europäischen Rat der Junglandwirte (CEJA) im EP organisiert wurde, warb Agrarkommissar *Cioloş* für aktive Unterstützung seiner Vorschläge zur Förderung junger Landwirte. Jede neue Person, die mit der Landwirtschaft beginne und bestimmte Kriterien erfülle, müsse von dieser Unterstützung profitieren können. Landwirtschaft sei nicht immer ein leichter, dafür jedoch ein erfüllender Beruf. Europa müsse klarmachen, dass es seine Landwirte brauche.

Rede *Cioloş* unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/260&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Weitere Informationen zur Veranstaltung unter:

<http://www.ceja.eu/en/events/eu-parliament-conference-on-young-farmers>



KONFERENZ ZU REGIONALER LANDWIRTSCHAFT UND KURZEN LEBENSMITTELKETTEN

Auf Initiative der Kommission fand am 20.04.2012 die Konferenz „Regionale Landwirtschaft und kurze Lebensmittelketten“ in Brüssel statt. Agrarkommissar *Cioloş* betonte die Notwendigkeit und das Potenzial kurzer Lebensmittelketten. Durch den Ausbau regionaler Märkte könnten Landwirte einen höheren Anteil am zusätzlichen Nutzen der Produkte erhalten, Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen, das Angebot durch den direkten Kontakt zu den Kunden besser an die Nachfrage angepasst sowie Treibstoffverbrauch gesenkt und der CO₂-Fußabdruck verringert werden. Für die zweite Hälfte 2012 kündigte er die Veröffentlichung einer Folgenabschätzungsstudie zu EU-weiten Siegeln für Kleinbetriebe/kurze Lebensmittelketten und Bergprodukte an. Bergprodukte als geschützte Qualitätsbezeichnungen sind im EU-Vorschlag zum Qualitätspaket (EB 22/10) bisher nicht enthalten, werden aber von Abgeordneten des EP gefordert. Bei der Konferenz betonte Verbraucherkommissar *Dalli* die besondere Bedeutung von Lebensmittelsicherheit und Gesundheitsschutz auch für kurze Lebensmittelketten und regionale Produkte. Er setze sich aber dafür ein, entsprechende Regeln so unbürokratisch wie möglich auszugestalten und für Kleinbetriebe Ausnahmen zu ermöglichen. Die EU-Hygienevorschriften ließen den Mitgliedstaaten beispielsweise ausreichend Spielraum, Kleinbetriebe zu entlasten, was diese aber nicht immer umsetzten.

Weitere Informationen unter:

http://ec.europa.eu/agriculture/events/small-farmers-conference-2012_en.htm

Rede *Cioloş* unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/283&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP-PLENUM VERABSCHIEDET RESOLUTION ZUR EU- BIODIVERSITÄTSSTRATEGIE

Am 20.04.2012 verabschiedeten die Abgeordneten mit großer Mehrheit (414 Ja-Stimmen, 55 Nein-Stimmen und 64 Enthaltungen) eine Resolution zur EU-Biodiversitätsstrategie bis 2020 (EB 09/11), die v. a. auf die sektorübergreifende Einbeziehung des Artenschutzes in Agrar-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie die bessere Koordination und Abstimmung der einzelnen Aktionen setzt. Hierzu verweist die Entschließung ausdrücklich auf die laufende Revision der GAP. Es wird betont, dass die GAP nicht nur der Pro-



duktion von Nahrungsmitteln und der Entwicklung des ländlichen Raums dient, sondern auch ein entscheidendes Instrument für den Erhalt der biologischen Vielfalt ist.

Entschließung des EP zur Biodiversitätsstrategie:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0146&language=DE>

KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUM EU-HAUSHALT 2013

Die Kommission hat am 25.04.2012 den Entwurf für den EU-Haushalt 2013 veröffentlicht. Die Zahlungsermächtigungen steigen nach dem Kommissionsvorschlag um 6,8 % auf 137,9 Mrd. € (1,03 % des BNE). Die Verpflichtungsermächtigungen steigen demgegenüber nur um 2 % auf 150,9 Mrd. € (1,13 % des BNE). Der EU-Beitritt Kroatiens im Juli 2013 ist im Haushaltsentwurf der Kommission noch nicht berücksichtigt. Die hohe Steigerungsrate bei den Ausgabenermächtigungen führt die Kommission im Wesentlichen auf zwei Gründe zurück: Da es in den ersten Jahren eines Finanzrahmens in der Regel etwas dauert, bis die Projekte voll laufen, wird ein erheblicher Teil der Zahlungen erst zum Ende der Finanzperiode hin fällig. Zum anderen begründet die Kommission die Ausgabensteigerungen im Jahr 2013 damit, dass der Rat bei den Verhandlungen zu den EU-Haushalten in den letzten Jahren in Bezug auf die Zahlungsermächtigungen sehr restriktiv war. Für die Rubrik 2 (Nachhaltige Bewirtschaftung und Schutz der natürlichen Ressourcen, insbesondere GAP) steigen die Verpflichtungsermächtigungen um 0,6% bzw. 331 Mio. € auf 60,3 Mrd. €. Insbesondere die weitere Anhebung der Direktzahlungen in den neuen Mitgliedstaaten ("phasing in") führt zu einer Steigerung dieser Haushaltsposition (s. auch Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/393&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

LEBENSMITTELSICHERHEIT – NEUE REGELN FÜR AROMASTOFFE

Am 24.04.2012 haben die Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit der Kommission (SCoFCAH) zwei Vorschläge der Kommission für einheitliche und klare Regeln bei Aromastoffen in Lebensmitteln angenommen. Die beiden Verordnungsentwürfe etablieren eine EU-weite Liste mit zugelassenen Aromastoffen sowie Übergangsmaßnahmen für sogenannte andere Aromen und ergänzen bzw. konkretisieren die Verord-



nung (EG) Nr. 1334/2008 über Aromen und bestimmte Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften zur Verwendung in und auf Lebensmitteln (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/food/food/FAEF/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

„BESCHÄFTIGUNGSPAKET“: KOMMISSION LEGT VORSCHLÄGE ZUR UNTER-STÜTZUNG DER MITGLIEDSTAATEN BEI REFORMEN DER ARBEITSMÄRKTE VOR

Die Kommission hat am 18.04.2012 das sog. „Beschäftigungspaket“ veröffentlicht. Damit will sie Vorschläge formulieren, um die Mitgliedstaaten entsprechend der beschäftigungspolitischen Ziele der Europa 2020-Strategie bei der Reform ihrer Arbeitsmärkte zu unterstützen. Kern des Maßnahmenbündels, das EU-Sozialkommissar *László Andor* vorstellte, bildet die Mitteilung „Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten“. Diese wird flankiert von einer Reihe an begleitenden Arbeitsdokumenten, die u. a. das Thema Jugendarbeitslosigkeit (EB 07/12) sowie bestimmte Branchen (grüne Wirtschaft, Gesundheitswesen, Informations- und Kommunikationstechnologie) in den Mittelpunkt rücken. Zur Schaffung eines „europäischen Arbeitsmarkts“ fordert die Kommission die Mitgliedstaaten u. a. auf, Beschränkungen für Arbeitskräfte aus Bulgarien und Rumänien aufzuheben. Als einer der Schlüsselbereiche für Reformen, um Arbeitsmärkte dynamischer und zugleich inklusiver zu machen, wird die Festlegung von „menschewürdigen und nachhaltigen Entgelten“ aufgeführt.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10595_de.htm

KOMMISSION: INITIATIVE „WE MEAN BUSINESS“ ZUR FÖRDERUNG INTERNATIONALER PRAKTIKA GESTARTET

Um Unternehmen dazu anzuregen, mehr Praktikumsplätze zu schaffen, hat die Kommission am 17.04.2012 die Initiative „We Mean Business“ gestartet. Ziel ist es, die Kompetenzen junger Menschen und damit ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern. Dazu sollen im Zeitraum 2012 - 2013 Finanzmittel für insgesamt 280.000 Praktika im Rahmen der Programme „Leonardo da Vinci“ und „Erasmus“ für Auszubildende und Studenten bereitgestellt werden. Die



Kommission wies auf Studien hin, denen zufolge nur wenige Unternehmen um die Möglichkeit wüssten, Praktikanten im Rahmen eines EU-Programms aufzunehmen. Mit der Initiative solle nach Aussage der Kommission auch der Nutzen internationaler Praktika für Unternehmen verdeutlicht werden.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10593_de.htm

KOMMISSION: BERICHT ÜBER FORTSCHRITTE BEI DER GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN VORGESTELLT

Die Kommission hat am 16.04.2012 ihren Jahresbericht über die Fortschritte bei der Gleichstellung von Frauen und Männern vorgestellt. Danach sei eine bessere Gleichstellung der Geschlechter von entscheidender Bedeutung dafür, wie die EU auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise reagiert. Der Bericht über die 2011 erzielten Fortschritte, der Teil des umfassenderen Berichts der Kommission über die Anwendung der EU-Grundrechtscharta bildet, beinhaltet die aktuellen Entwicklungen auf der nationalen und europäischen Ebene u. a. bei der Gleichstellung in der Wirtschaft, bei der Bezahlung und bei Entscheidungsprozessen sowie der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen.

http://ec.europa.eu/justice/fundamental-rights/files/2011-report-fundamental-rights_en.pdf

PLENARTAGUNG DES EP VOM 17. - 20.04.2012 IN STRASSBURG: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Im Rahmen einer Fragestunde mit Anfragen an die Kommission am 18.04.2012 bezog Sozialkommissar *Andor* Stellung zur Frage der Arbeitnehmerrechte in einem Europa der offenen Grenzen, insbesondere zu den im März 2012 von der Kommission vorgestellten Vorschlägen zur Durchsetzung der Regelungen zur Arbeitnehmerentsendung (EB 06/12). Bei der Parlamentsdebatte zur Wirtschaftskrise stellte Kommissionspräsident *Barroso* u. a. das „Beschäftigungspaket“ (s. TOP 1) vor. Europa brauche mehr Wirtschaftswachstum und Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit, so der Tenor der Aussprache. Zudem nahm das EP am 18.04.2012 eine legislative Resolution bzgl. der Novellierung der Vorschriften über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit an. Zuvor hatte bereits der Rat der Anpassung der Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und (EG) Nr. 987/2009 zugestimmt (EB 21/11).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=2012041>



[8&secondRef=TOC&language=de](#)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BILDUNGSAUSSCHUSS DISKUTIERT LETZTMALIG VOR DEM BILDUNGSMINISTERRAT ÜBER DAS KÜNFTIGE BILDUNGS-, JUGEND- UND SPORTPROGRAMM „ERASMUS FÜR ALLE“

Am 20.04.2012 hat der Bildungsausschuss des Rates letztmalig unter dänischer Präsidentschaft über das künftige Bildungs-, Jugend- und Sportprogramm „Erasmus für alle“ ab 2014 beraten. Im Rahmen einer „teilweisen allgemeinen Ausrichtung“ wird ein infolge der Verhandlungen im Bildungsausschuss sowie im Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) vom Vorsitz erarbeiteter Kompromisstext den EU-Bildungsministern auf ihrer Ratstagung am 11.05.2012 zur Abstimmung vorgelegt werden. In der derzeit vorliegenden Fassung des Kompromisstextes sind zahlreiche deutsche Kernforderungen eingegangen. Hierzu gehört die Möglichkeit, für die nationale Umsetzung und Verwaltung des künftigen Programms auch in Zukunft sowohl mehrere nationale Behörden wie auch mehrere nationale Agenturen benennen zu können. Darüber hinaus ist es gelungen, in den Rechtstext ein eigenes Jugendkapitel, eine eigene Haushaltslinie für den Jugendbereich sowie verbindliche Mindestbudgets für die einzelnen Bildungsbereiche einzufügen und damit den integrierten Ansatz der Kommission aufzubrechen. Nicht durchsetzen konnte sich bislang die deutsche Forderung nach sektorbezogenen Programmausschüssen. Darüber hinaus hat die Präsidentschaft in Ermangelung einer tragfähigen Alternative den von der Kommission vorgeschlagenen Programmnamen „Erasmus für alle“ sowie die sektoriellen Bezeichnungen „Erasmus Hochschulbildung“, „Erasmus Berufsbildung“, „Erasmus Erwachsenenbildung“, „Erasmus Schulbildung“, „Erasmus Jugendbeteiligung“ und „Erasmus Sport“ beibehalten.

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BERICHT ÜBER DIE KONSULTATION ZUR FÖRDERUNG UND VALIDIERUNG VON NON-FORMALEM UND INFORMELLEM LERNEN

Die Kommission hat die Ergebnisse einer zwischen 01.12.2010 und 09.02.2011 durchgeführten öffentlichen Konsultation über die Förderung und Validierung von non-formalem und informellem Lernen in einem Bericht zusammengefasst und veröffentlicht. Nach Ansicht der Kommission zeigen die



Ergebnisse der Konsultation eine deutliche Unterstützung für die Validierung von non-formalem und informellem Lernen: Es bestehe ein breiter Konsens, dass durch Lebens- und Arbeitserfahrung erworbene Kenntnisse und Kompetenzen sichtbarer gemacht werden müssten. Hinsichtlich der gegenwärtigen Validierungsverfahren bestehe dringender Weiterentwicklungs- und Verbesserungsbedarf. Die Antworten verdeutlichten zudem, dass die größten Hindernisse für die Weiterentwicklung und Verbesserung von Validierungsinstrumenten in einem mangelnden Vertrauen in Bewertungsverfahren sowie in institutionellem Widerstand gegenüber einer gleichwertigen Anerkennung von formalen und non-formalen sowie informellen Lernergebnissen zu suchen seien.

Der englischsprachige Bericht der Kommission über die Konsultationsergebnisse ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/consult/vnfil/report_en.pdf

KOMMISSION HEBT IN IHREM „BESCHÄFTIGUNGSPAKET“ DEN BEITRAG DER BILDUNG FÜR DIE ERREICHUNG DER BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHEN ZIELE DER EUROPA-2020-STRATEGIE HERVOR

Am 18.04.2012 hat EU-Sozialkommissar László Andor ein nicht-legislatives „Beschäftigungspaket“ vorgelegt, das die Mitgliedstaaten entsprechend der beschäftigungspolitischen Ziele der Europa-2020-Strategie bei der Reform ihrer Arbeitsmärkte unterstützen soll. Kernstück des Paktes ist die Mitteilung „Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten“, die von neun Arbeitsdokumenten der Kommissionsdienststellen flankiert wird, u. a. zu einem Qualitätsrahmen für Praktika sowie zu den ersten im Rahmen der Initiative „Chancen für junge Menschen“ (EB 01/12) ergriffenen Schritte. Die Initiative thematisiert zahlreiche, in anderen Zusammenhängen bereits skizzierte Vorhaben und Forderungen im Schnittmengenbereich zwischen Bildung und Beschäftigung. Hierzu gehört u. a. die Verbesserung bzw. Modernisierung von Bildung und Ausbildung in Hinblick auf eine verstärkte Ausrichtung der vermittelten Kompetenzen und Fähigkeiten auf den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus wird die Bedeutung eines gelingenden Übergangs von der Ausbildung ins Berufsleben betont, für den ein qualitativ hochwertiges Praktikum, aber auch die Einführung von Kurzstudien auf tertiärer Ebene von großer Bedeutung sein könne, sowie die Notwendigkeit der Förderung des lebenslangen Lernens für den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit, insbesondere auch für gering qualifizierte und ältere Arbeitnehmer. Zudem sollen zwischen den Bereichen Bildung und Beruf die



Synergien gestärkt werden, u. a. durch eine engere Zusammenarbeit zwischen den relevanten Ratsformationen und Ausschüssen (s. auch Beitrag des StMAS in diesem EB). Die Mitteilung „Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten“ sowie die begleitenden Arbeitsunterlagen der Kommissionsdienststellen sind unter folgendem Link abrufbar:

<http://ec.europa.eu/social/keyDocuments.jsp?policyArea=&type=0&country=0&year=0&advSearchKey=emplpackageswd&mode=advancedSubmit&langId=de&orderBy=docOrder>

KOMMISSION STARTET INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG VON PRAKTIKA

Mit der am 17.04.2012 gestarteten Initiative „We Mean Business“ will die Kommission verstärkt Praktikumsplätze für junge Menschen im europäischen Ausland schaffen, um auf diese Weise deren Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen. Hierfür werden im Rahmen der Aktionen „Leonardo da Vinci“ und „Erasmus“ des EU-Bildungsprogramms für lebenslanges Lernen für die Jahre 2012 und 2013 Mittel für insgesamt 280.000 Praktika bereitgestellt. „Die Initiative „We Mean Business“ unterstützt die Anstrengungen der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“, betonte *Androulla Vassiliou*, Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend. „Insbesondere möchten wir den Wert internationaler Praktika stärker ins Bewusstsein rücken, da sie die Sprachkenntnisse fördern und ihnen zu mehr Selbstvertrauen und größerer Anpassungsfähigkeit verhelfen können.“ Die Kommission betont den Beitrag von Praktika für einen reibungslosen Übergang von der allgemeinen oder beruflichen Bildung in die Arbeitswelt. Zudem könnten auch Unternehmen vielfach profitieren, indem sie z. B. potentielle künftige Spitzenkräfte finden. Gleichzeitig sei die Möglichkeit der Aufnahme eines Praktikanten im Rahmen des EU-Programms für lebenslanges Lernen den Unternehmen viel zu wenig bekannt. Die Initiative „We Mean Business“ soll dem Abhilfe schaffen.

Website zur Initiative „We Mean Business“ mit weiterführenden Informationen, v. a. auch für Unternehmen:

<http://we-mean-business.europa.eu/de>

EU UND CHINA ERÖFFNEN BILDUNGS- UND KULTURDIALOG „ZWISCHEN DEN MENSCHEN“

Mit dem „Dialog zwischen Menschen“ zum Thema Bildung, Kultur, Jugend, Forschung und Mehrsprachigkeit ergänzen die EU und China ihre Zusammen-



arbeit um eine weitere Dimension. Am 18.04.2012 haben *Androulla Vassiliou*, EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, und die chinesische Staatsrätin *Liu Yandong* eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der sich beide Partner zu einem intensiveren Austausch zwischen ihren Völkern verpflichten, um auf diese Weise das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu stärken. Konkret sollen diesem Dialog unter anderem eine stärkere Mobilität im Bildungsbereich, eine größere Anzahl von Austauschprogrammen im Rahmen des Studiums und zwischen Jugendorganisationen sowie eine leichtere gegenseitige Anerkennung von akademischen Abschlüssen folgen.

http://ec.europa.eu/education/external-relation-programmes/china_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

EP FORDERT MODERNISIERUNG EUROPÄISCHER HOCHSCHULSYSTEME

Am 20.04.2012 sprach sich das EP in einer Entschließung mit fraktionsübergreifend großer Mehrheit für eine Modernisierung europäischer Hochschulsysteme aus, welche laut Berichterstatter *László Tőkés* (EVP/ROU) im Hinblick auf die Erreichung der Ziele der EU 2020-Strategie unabdingbar sei. Die Entschließung widmet sich organisatorischen, inhaltlichen und finanziellen Fragen der Ausgestaltung europäischer Hochschulsysteme und ist Antwort auf die im September 2011 von der Kommission vorgeschlagene diesbezügliche Agenda. Die Entschließung wurde mit 464 Ja-Stimmen gegen 34 ablehnende Voten bei 33 Enthaltungen angenommen.

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0139+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EU UND CHINA ERÖFFNEN BILDUNGS- UND KULTUR-DIALOG „ZWISCHEN DEN MENSCHEN“

Mit dem Dialog zwischen den Menschen („people-to-people dialogue“) zum Thema Bildung, Kultur, Jugend, Forschung und Mehrsprachigkeit fügen die EU und China ihrer Zusammenarbeit eine neue Dimension hinzu. Am 18.04.2012 haben *Androulla Vassiliou*, EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, und die chinesische Staatsrätin *Liu Yandong* eine gemeinsa-



me Erklärung unterzeichnet, in der sich beide Partner zu einem intensiveren Austausch zwischen ihren Völkern verpflichten, um auf diese Weise das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu stärken.

http://ec.europa.eu/education/external-relation-programmes/china_de.htm

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG IM EP ZUR AUSGESTALTUNG KÜNFTIGER EU KULTUR- UND MEDIENFÖRDERUNG

Am 26.04.2012 fand im Kultur- und Bildungsausschuss des EP (CULT) eine öffentliche Anhörung zur künftigen EU Kultur- und Medienförderung statt. Ein geladen waren Experten aus dem Medien- und Kulturbereich, darunter aus Deutschland der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats. In ihren Beiträgen setzten sich die Anwesenden mit der Gestaltung des Programmentwurfs zu „Kreatives Europa“ auseinander, das die bisherigen Programme MEDIA, Media Mundus und Kultur zusammenlegen und ersetzen soll. Gegenüber der konkreten Ausgestaltung der Zusammenlegung wurde dabei harte Kritik insbesondere an der Wirtschaftsorientierung des Kommissionsvorschlags geübt.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

EP-PLENUM VOM 17. - 20.04.2012 IN STRASSBURG – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUG

Auf der Tagung vom 17. - 20.04.2012 in Straßburg hat das Plenum des EP u. a. Entschlüsseungen zur Biodiversitätsstrategie 2020, zur Festlegung der Prioritäten für das 7. Umweltaktionsprogramm (UAP) und zum Thema Frauen und Klimawandel angenommen.

Entschlüsseung des EP zur Biodiversitätsstrategie:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0146&language=DE>

Entschlüsseung des EP zum Umweltaktionsprogramm:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0147+0+DOC+XML+V0//DE>

Entschlüsseung des EP über Frauen und Klimawandel:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0145&language=DE>



ENTSCHLISSUNG DES EP ZUR ÜBERARBEITUNG DER ENERGIESTEUERRICHTLINIE

Die Kommission hat im April 2011 vorgeschlagen, die Energiesteuer umzugestalten und den Mindeststeuersatz in zwei Komponenten aufzuteilen, in eine CO₂-Komponente und eine Energieinhaltskomponente. Da Dieseldieselkraftstoff einen höheren Energieinhalt und einen höheren CO₂-Ausstoß als Benzin hat, wäre der Mindeststeuersatz für Diesel – anders als bisher – höher als der Mindeststeuersatz für Benzin. Auch im nationalen Recht müsste der Steuersatz für Diesel nach dem Kommissionsvorschlag höher als der für Benzin liegen. Am 19.04.2012 hat sich das EP in einer legislativen Entschließung überraschend gegen die Höherbesteuerung von Diesel im Vergleich zu Benzin ausgesprochen. Das EP entscheidet in Steuerfragen jedoch nicht mit, sondern wird nur angehört. Auch im Rat, in dem insoweit die entscheidenden Verhandlungen laufen, gehen die Diskussionen aber in eine ähnliche Richtung (s. dazu Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0136+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

UNEP BERICHT (GLOBAL OUTLOOK REPORT) BEHANDELT NACHHALTIGKEIT

Am 23.04.2012 haben das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und die Kommission anlässlich einer Veranstaltung zum 40. Jahrestag der VN-Konferenz zur Umwelt des Menschen einen Bericht zu den weltweiten Perspektiven der Nachhaltigkeitspolitik („The Global Outlook on SCP Policies - Taking action together“) vorgestellt. Darin werden geeignete weltweite Maßnahmen zur Umstellung auf nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster anhand von Fallbeispielen vor- und dargestellt. Ziel soll es sein, vielversprechende Beispiele für wirksame Maßnahmen zu erkennen und weiterzugeben sowie Vorschläge zu formulieren, die zur Weiterentwicklung von nachhaltigem Konsumverhalten und Produktionsmethoden beitragen können.

<http://www.unep.fr/scp/go/publications.htm>

LEBENSMITTELSICHERHEIT – NEUE REGELN FÜR AROMASTOFFE

Am 24.04.2012 haben die Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit der Kommission (SCoFCAH) zwei Vorschläge der Kommission für einheitliche und klare Regeln bei Aromastoffen in



Lebensmitteln angenommen. Die beiden Verordnungsentwürfe etablieren eine EU-weite Liste mit zugelassenen Aromastoffen sowie Übergangsmaßnahmen für sogenannte andere Aromen und ergänzen bzw. konkretisieren die Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 über Aromen und bestimmte Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften zur Verwendung in und auf Lebensmitteln.

http://ec.europa.eu/food/food/FAEF/index_en.htm

EUROSTAT-BERICHT: GESUNDHEIT IN DER EU-27 IM JAHR 2010

Am 19.04.2012 veröffentlichte Eurostat, das statistische Amt der EU, im Rahmen des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012, Daten zur Gesundheit in der EU-27 im Jahr 2010. Demnach haben Frauen und Männer im Alter von 65 Jahren eine vorläufig geschätzte Lebenserwartung von 21,0 Jahren bzw. 17,4 Jahren und dürfen dabei erwarten, noch weitere neun Jahre in guter gesundheitlicher Verfassung zu leben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/12/60&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

WIDERSTAND GEGEN ACTA WÄCHST: INTA-BERICHTERSTATTER GEGEN UNTERZEICHNUNG UND KRITISCHE STELLUNGNAHME DES EU-DATENSCHÜTZERS

Am 25.04.2012 sprach sich der Berichterstatter des für ACTA federführenden Außenhandelsausschusses (INTA) im EP gegen die Unterzeichnung des umstrittenen ACTA-Abkommens zur Bekämpfung u. a. von Urheberrechtsverletzungen aus (EB 04/12). Die EVP-Fraktion begrüßte das Abkommen in seiner grundsätzlichen Zielrichtung, Verbraucher sowie Unternehmen angemessen zu schützen, forderte aber für eine Zustimmung Nachbesserungen im Text. Kritisch äußerte sich auch der europäische Datenschutzbeauftragte in seiner Stellungnahme vom 24.04.2012. Er sieht Privatsphäre und Datenschutz bedroht, sollte das Abkommen infolge unklarer Bestimmungen unangemessen in innerstaatliches Recht umgesetzt werden. Statt wie ursprünglich vorgesehen Ende Mai 2012 soll im INTA-Ausschuss abschließend über ACTA nun erst im Juni entschieden werden, so dass dann im Juli das Plenum darüber abstimmen kann.



Stellungnahme des europäischen Datenschutzbeauftragten:

http://www.edps.europa.eu/EDPSWEB/webdav/site/mySite/shared/Documents/Consultation/Opinions/2012/12-04-24_ACTA_EN.pdf

Beschlussempfehlung des Außenhandelsausschuss (INTA):

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/inta/pr/898/898850/898850de.pdf

Presseerklärung der EVP-Fraktion:

<http://www.eppgroup.eu/press/showpr.asp?prcontroldoctypeid=1&prcontrolid=1148&prcontentid=18638&prcontentlg=en>

„INTERNET DER DINGE“: KOMMISSION ERÖFFNET KONSULTATION

Auf Grundlage einer Mitteilung von 2009 zum „Internet der Dinge“ hat die Kommission am 12.04.2012 eine öffentliche Konsultation zum Regulierungsrahmen für drahtlos mit dem Internet verbundene Geräte, wie Telefon, Autos, Haushaltsgeräte u. a. eröffnet (EB 22/09). Bis zum 12.07.2012 kann zur Frage Stellung genommen werden, welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um das wirtschaftliche und gesellschaftliche Potential dieser Entwicklung auszuschöpfen, ohne dabei die Rechte der Verbraucher auf Privatsphäre zu verletzen. Die Ergebnisse der Konsultation sollen Grundlage für eine Empfehlung sein, die Kommissarin für die Digitale Agenda, *Neelie Kroes*, bis Sommer 2013 vorlegen möchte.

Der Online-Fragebogen ist abrufbar unter:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=IoTGovernance>

Die Mitteilung von 2009 steht als PDF-Datei zur Verfügung unter:

http://ec.europa.eu/information_society/policy/rfid/documents/commiot2009.pdf

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG IM EP ZUR AUSGESTALTUNG KÜNFTIGER EU KULTUR- UND MEDIENFÖRDERUNG

Am 26.04.2012 fand im Kultur- und Bildungsausschuss des EP (CULT) eine öffentliche Anhörung zur künftigen EU Kultur- und Medienförderung statt. Die geladenen Experten aus dem Medien- und Kulturbereich setzten sich mit der Gestaltung des Programmentwurfs „*Kreatives Europa*“ auseinander, das die bisherigen Programme *MEDIA*, *Media Mundus* und *Kultur* zusammenlegen und ersetzen soll (EB 04/12). Gegenüber der konkreten Ausgestaltung der Zusammenlegung wurde dabei (insofern übereinstimmend mit der Haltung Deutschlands) insbesondere die Wirtschaftsorientierung des Kommissions-



vorschlags kritisiert.